

**Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse vom 17. Februar 2017 zur Türkei: Einreisekontrollen für Rückkehrende, Gefährdung aufgrund politisch motivierter schwerer Straftat im Exil, Besuch durch Sicherheitskräfte in Nusaybin im Jahr 2015**

Situation: Die kurdische Person lebt seit vielen Jahren im Ausland. Sie wurde im Ausland wegen einer schweren, politisch motivierten Straftat gegen eine die türkische Regierung unterstützende Gruppierung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. In den Folgejahren wurde die Person mehrfach von Gerichten wegen Körperverletzung verurteilt wurde, wobei diese Taten allerdings keinen politischen Hintergrund hatten. Die Person hat im Ausland ohne eine exponierte Rolle regelmässig an Demonstrationen oder an sonstigen Veranstaltungen zur Unterstützung kurdischer Belange teilgenommen.

Fragen an die SFH-Länderanalyse:

- Wurden die Einreisekontrollen in der Türkei gegenüber zurückkehrenden abgewiesene Asylbewerbern kurdischer Volkszugehörigkeit seit dem gescheiterten Putschversuch vom 15./16.7.2016 verschärft?
- Müssen zurückkehrende abgewiesene Asylsuchende kurdischer Volkszugehörigkeit bei ihrer Wiedereinreise damit rechnen, allein aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit inhaftiert und asylerheblichen Misshandlungen oder Folter ausgesetzt zu werden?
- Spielt der langjährige Auslandsaufenthalt für die Gefährdung bei einer Rückkehr eine Rolle?
- Ist damit zu rechnen, dass die türkischen Sicherheitsbehörden von der Verurteilung und dem politischen Motiv der schweren Straftat erfahren haben, etwa über die Presse, die Opfer der Straftat, türkische Auslandvertretungen oder den türkischen Geheimdienst?
- Führt die Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe im Ausland zu einer erhöhten Gefährdung bei der Rückkehr?
- Spielt es für die Gefahrenprognose eine Rolle, dass die Person auch in den Folgejahren mehrfach von Gerichten wegen Körperverletzung verurteilt wurde, wobei diese Taten allerdings keinen politischen Hintergrund hatten?
- Führt die exilpolitische Betätigung bei einer Rückkehr zu einer erhöhten Gefährdung?
- Ist es möglich, dass türkische Sicherheitskräfte Mitte 2015 bei Verwandten in Nusaybin nach der betroffenen Person gefragt haben?

Weyermannsstrasse 10  
Postfach 8154  
CH-3001 Bern

T++41 31 370 75 75  
F++41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch  
www.fluechtlingshilfe.ch

Spendenkonto  
PC 30-1085-7



Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die uns derzeit zur Verfügung stehen sowie auf den Informationen von sachkundigen Kontaktpersonen.

## 1 Einreisekontrollen für Rückkehrende

**Verschärfungen der Einreisekontrollen nach Putschversuch.** Laut E-Mail-Auskunft vom 18. Januar 2017 von der Kontaktperson A. vor Ort mit Expertenwissen im Menschenrechtsbereich<sup>1</sup> wurden die Einreisekontrollen nach dem Putschversuch für alle einreisenden Personen verschärft. Dies gelte auch für kurdische Personen. Der Kontaktperson A. lagen keine dokumentierten Fälle vor, dass die Einreisekontrollen für kurdische Personen strenger seien. Die Kontaktperson B. mit Expertenwissen zur Menschenrechtssituation vor Ort gab der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) am 21. Dezember 2016 Auskunft, dass es nach dem Putschversuch im August und September 2015 bei der Wiedereinreise verstärkte Kontrollen gegeben habe. Nach Kenntnis der Kontaktperson A. sind die verschärften Einreisekontrollen weiterhin in Kraft. Gemäss den in einem Interview am 10. Januar 2017 gemachten Angaben der in der Türkei tätigen Kontaktperson C. mit Expertenwissen über die Situation im Südosten habe es schon vor dem Putschversuch Kontrollen bei der Einreise gegeben. Allerdings würden die Behörden heute über mehr Listen mit Namen von gesuchten Personen verfügen. Auf diesen Listen seien Personen vermerkt, welche angebliche Verbindungen zur Gülen-Bewegung<sup>2</sup>, zur *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK) oder zu einer anderen aus Sicht der Behörden terroristischen Organisation hätten. Diese Personen würden weiteren Kontrollen unterzogen.

**Berichte von Misshandlungen und Folter in Haft – auch gegen angebliche PKK-Verdächtige.** Verschiedene Quellen (Kontaktpersonen D. + E. am 29. November 2016 und am 2. Dezember 2016<sup>3</sup>; *Human Rights Watch*, Oktober 2016; *BBC News*, November 2016) weisen darauf hin, dass in der Türkei seit der erneuten Eskalation des Kurdenkonflikts Mitte 2015 und dem Putschversuch Mitte 2016 Folter und Misshandlungen durch Sicherheitskräfte wieder zugenommen haben. Nils Melzer, der *UNO-Sonderberichterstatter zu Folter*, hielt nach seinem Besuch in der Türkei am 2. Dezember 2016 fest, dass er zahlreiche Berichte von Folter und Misshandlungen erhalten habe. Ein forensischer Experte, der den Sonderberichterstatter vor Ort begleitete, habe aufgrund einiger medizinischer Untersuchungen Aussagen von Inhaftierten zu Misshandlungen bestätigt. Verschiedene Quellen (*Human Rights Watch*, Oktober 2016; *BBC News*, November 2016) haben zahlreiche Einzelfälle von Folter, Misshandlungen, Vergewaltigungen, sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungsdrohungen in Haft dokumentiert – darunter auch Personen, die wegen angeblicher Verbindungen zur PKK

---

<sup>1</sup> Die Kontaktperson A. ist für eine renommierte Menschenrechtsorganisation in der Türkei tätig.

<sup>2</sup> Fethullah Gülen, der als geistiger Vater der Gülen-Bewegung (auch Hizmet-Bewegung genannt) gilt, lebt seit 1999 in den USA im Exil. Gülen entwarf eine Philosophie, die eine eher mystische Form des Islams vertritt und diese mit Ideen von Demokratie, Bildung, Wissenschaft und Dialog zwischen den Religionen verbindet. Die Forderung von Gülen an Musliminnen und Muslime ist, Schulen statt Moscheen zu bauen. Anhänger Gülens gründeten rund 1000 Schulen in mehr als 100 Ländern. In der Türkei entstanden Universitäten, Krankenhäuser, Wohltätigkeitsorganisationen und ein grosses Medienimperium der Gülen-Bewegung. Der Gülen-Bewegung wird in der Türkei vorgeworfen, Parallelstrukturen im Staat errichten zu wollen und den Sturz der aktuellen Regierung anzustreben. Tagesschau.de, Staatsfeind Nummer Eins, Der Prediger Fetullah Gülen, 17. Juli 2016: [www.tagesschau.de/ausland/guelen-bewegung-101.html](http://www.tagesschau.de/ausland/guelen-bewegung-101.html).

<sup>3</sup> Die Kontaktpersonen D. + E. sind beide in der Türkei im Menschenrechtsbereich tätige Expertenpersonen.

beschuldigt wurden. Die Betroffenen berichten unter anderem, dass sie im Herbst 2016 in massiver Weise geprügelt wurden, an den Sexualorganen gefoltert und mit Knüppeln vergewaltigt wurden. Die Personen seien unter Folter gezwungen worden, Geständnisse zu unterschreiben oder weitere Verdächtige auf Fotografien zu identifizieren. Der *UNO-Sonderberichterstatter* und auch die Organisation *Human Rights Watch* in ihrem aktuellen Jahresbericht (Januar 2017) betonen, dass verschiedene während des weiterhin anhaltenden Ausnahmezustands erlassene Dekrete die Anwendung von Folter und Misshandlungen in Haft fördern würden. *Human Rights Watch* (Januar 2017) hält fest, dass im gleichen Zeitraum die Zahl der Berichte zu Folter und Misshandlungen in Polizeihaft zugenommen habe. Nach Angaben derselben Quelle foltern und misshandeln türkische Sicherheitskräfte auch kurdische Inhaftierte im Südosten des Landes in gleichartiger Weise. Der *UNO-Sonderberichterstatter* bestätigte ebenfalls, dass er während seines Besuchs besorgniserregende Berichte von Folter und Misshandlung von männlichen und weiblichen Inhaftierten, welche von den Behörden verdächtigt würden, Sympathisanten oder Mitglieder der PKK zu sein, erhalten habe. Zwar habe er keine Beweise für aktuell anhaltende Folter und Misshandlungen sammeln können, jedoch einige Berichte erhalten, welche von aktuell anhaltender brutaler und degradierender Behandlung in Haft und von sexuellen Übergriffen gegen weibliche Inhaftierte zeugten.

**Verhaftung bei Rückkehr nur aufgrund kurdischer Ethnie?** Nach Angaben verschiedener Quellen (Kontaktperson A., 18. Januar 2017; Kontaktperson C. 10. Januar 2017) sei eigentlich nicht davon auszugehen, dass eine Person bei der Einreise verhaftet werde, nur weil sie kurdischer Ethnie sei. Allerdings würden im aktuellen Ausnahmezustand in der Türkei nach Angaben der Kontaktperson A. Gesetze und rechtliche Prinzipien nicht immer respektiert. Deswegen sei es nicht möglich, auszuschliessen, dass eine Person nur aufgrund ihrer Ethnie irgendwelchen Formen von Druck durch die Behörden ausgesetzt werde. Laut der Kontaktperson A. begründen Behörden Festnahmen aber auch in solchen Fällen nicht mit der Ethnie, sondern könnten diese zum Beispiel mit illegalen Aktivitäten, welche unter die Anti-Terrorgesetzgebung fallen, begründen. In den Zeiten des Ausnahmezustands und der Zunahme der Menschenrechtsverletzungen sei es nicht möglich, auszuschliessen, dass eine Person willkürlich verhaftet werde. Kontaktperson C. gab der SFH am 10. Januar 2017 an, dass kurdische Personen weiterhin durch die Behörden wegen ihrer Ethnie diskriminiert würden. Wenn gegen eine Person ein Strafverfahren laufe oder ein Gerichtsurteil gefällt und die Person polizeilich gesucht werde, dann werde die Person bei der Einreise sicher verhaftet.

**Langer Aufenthalt im Ausland.** Nach Angaben der Kontaktperson C. vom 10. Januar 2017 sei für die Behörden nicht relevant, wie lange die Person im Ausland gelebt habe, sondern welchen Aktivitäten sie dort nachgegangen sei. Wenn die Person für die PKK, die Koma Civakên Kurdistan (KCK), die Gülen-Bewegung oder andere verdächtige Organisationen aktiv gewesen sei, dann könne sie gefährdet sein. Kontaktperson A. gab der SFH am 18. Januar 2017 ebenfalls an, dass nach ihrer Einschätzung ein Aufenthalt im Ausland kein Problem darstelle, wenn diese dort einen legalen Aufenthaltsstatus gehabt hätte. Nicht die Länge des Aufenthalts im Ausland sei entscheidend, sondern das Profil und allfällige Strafregistereinträge der Person im Ausland, welche zu Problemen mit den türkischen Behörden bei der Rückkehr führen könnten.

Human Rights Watch, Januar 2017:

*«Turkey temporarily derogated from (asserted the right to place extraordinary restrictions on) many of the protections in the European Convention on Human Rights and International Covenant on Civil and Political Rights, although it is prohibited from derogating from core obligations, including the absolute prohibition on torture or ill-treatment of detainees. The **weakening of safeguards against abuse in detention under the state of emergency was accompanied by increased reports of torture and ill-treatment in police detention, such as beating and stripping detainees, use of prolonged stress positions, and threats of rape, as well as threats to lawyers and interference with medical examinations.** While many allegations arose in relation to members of the military and police detained in connection with the coup, they were not the only groups who reported ill-treatment post-coup, **and Kurdish detainees in the southeast had reported similar abuses over the past year.**»*

Quelle: Human Rights Watch, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017: [www.hrw.org/world-report/2017/country-chapters/turkey#4b0997](http://www.hrw.org/world-report/2017/country-chapters/turkey#4b0997).

UNO-Sonderberichterstatter zu Folter, Dezember 2016:

*«**However, during my interactions with inmates, lawyers and civil society representatives, I also received persistent allegations suggesting a serious discrepancy between the legal and procedural safeguards put in place and their actual implementation as far as the investigation of alleged violations is concerned.** Based on my preliminary assessment, this discrepancy seems to be the result of several coinciding factors: The sweeping security measures taken by the Government in response to the failed coup of 15 July 2016 seem to have resulted in a general sense of intimidation and distrust in many segments of the population, preventing not only inmates and their families, but also civil society, lawyers, and doctors from initiating or participating in any procedure that may be perceived – rightly or wrongly - as opposing or criticizing the Government and its officials.*

*Some recently passed legislation and statutory decrees have created an environment conducive to torture and other forms of ill-treatment, including:*

- *the extension of the period of custody without judicial review to 30 days;*
- *the extension of the period without access to a lawyer to five days;*
- *the denial of confidential exchange between inmates suspected of terrorist crimes and their lawyers;*
- *the introduction of immunity from criminal prosecution for forces conducting counter-terrorist operations in the Southeast.*

*As a consequence of the recent dismissals of thousands of judges, prosecutors and other officials, the case-load of individual complaints cannot be processed in a timely manner. Due to these dismissals and other delays caused in administrative appointment processes, the National Human Rights and Equality Institution, which according to Turkish domestic law is also to exercise the function of the National Preventive Mechanism foreseen in OPCAT, currently cannot assume its decisive preventative role*

of carrying out regular, independent and objective inspections of all places of detention in Turkey. **For certain phases of detention, we also received numerous allegations of torture and other ill-treatment following the patterns outlined below. The forensic expert who accompanied me throughout the visit, conducted a number of medical examinations of inmates, some of which confirmed physical injuries consistent with the testimonies we received. (...) Testimonies received from inmates and their lawyers suggest that, in the days and weeks following the failed coup, torture and other forms of ill-treatment were wide-spread, particularly at the time of the arrest by police and gendarmerie officials or military forces and subsequent detention in police or gendarmerie lock-ups as well as in unofficial detention locations. Many of my interlocutors reported that law enforcement officials felt free to harass, intimidate and insult anyone perceived as opposing the Government or its authority, in all impunity. After this initial phase marked by arbitrariness, however, the ill-treatment appears to have ceased. Apart from occasional verbal threats, my team received no allegations and collected no evidence of currently ongoing torture or ill-treatment with respect to those inmates, male or female, who were arrested for reasons related to the attempted coup. The majority of those reporting previously to have been subjected to torture or ill-treatment said that they did not file complaints to the authorities for fear of retaliation against them or their families and because of a deep distrust in the independence of the prosecution and the judiciary and, consequently, in their willingness or ability to adequately investigate and adjudicate their claims. (...) Since July 2015, violent clashes between the Turkish army and the PKK have re-surfaced, accompanied by round-the-clock curfews in specific neighbourhood and cities in the South-East of Turkey. Law 6722 passed by the Turkish Parliament grants counter-terrorism forces immunity from prosecution for acts carried out in the course of their operations, thus rendering investigations into allegations of torture and ill-treatment by the involved security forces more difficult, if not impossible. The situation was further compounded with the adoption of the emergency laws and their application also in the South East.**

**My team and I received numerous troubling testimonies of torture and other forms of ill-treatment of both male and female inmates suspected to be members or sympathisers of the PKK. Most instances of ill-treatment were reported to have been inflicted by the police or gendarmerie in connection with the arrest itself, as well as during interrogation, in most cases allegedly in order to obtain forced confessions or denunciation of others. Many inmates reported that they had been arrested based on false accusations made against them under torture. While my team and I generally received no allegations and collected no evidence with regard to currently ongoing torture or ill-treatment, we did receive a small number of allegations by inmates of occasional brutality and degrading treatment in their current place of detention, in particular of male guards or soldiers manhandling or sexually harassing female detainees during transfers and denying them privacy during medical examinations, or both visitors and inmates being subjected to disrespectfully conducted naked searches on the occasion of open visits. Again, the majority of those reporting to have been subjected to torture or ill-treatment said that they did not file complaints to the authorities for fear of retaliation against them and their families and because of their distrust in the independence of the prosecution and the judiciary and,**

*consequently, their willingness or ability to adequately investigate and adjudicate their claims. Those who reported to have filed formal complaints alleged that no follow-up had been made by the prosecutor's office.»* Quelle: OHCHR News, Preliminary observations and recommendations of the United Nations Special Rapporteur on torture and other cruel, inhuman and degrading treatment or punishment, Mr. Nils Melzer on the Official visit to Turkey – 27 November to 2 December 2016, 2. Dezember 2016: [www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=20976&LangID=E#sthash.5nGasc6N.dpuf](http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=20976&LangID=E#sthash.5nGasc6N.dpuf).

BBC News, November 2016:

*«Selcen Bayun plays the video on her phone - and takes a deep breath. Even after watching it multiple times since 15 July, it still shocks. 'That's my client.' she says, pointing to a man with a head injury. **He and the others were beaten, their heads were banged against the wall and he had burns on his legs from being forced to kneel on hot asphalt. I saw a police officer throttling another client during an interrogation.**' The men in the video are high-level suspects behind the attempted coup earlier this year. They are military officers, accused of commandeering F16 fighter jets to bomb Turkey's parliament and other official buildings, as well as ordering tanks to fire at protesters in Istanbul and Ankara. (...) It has led to the biggest purge in Turkey's modern history, with more than 125,000 people dismissed or suspended and around 40,000 others arrested, charged with links to the Islamic movement of Fethullah Gulen, the cleric who the government says was behind the coup attempt. **Allegations of mistreatment in custody are emerging, and the BBC has heard compelling and worrying testimony.** Human rights group Amnesty International recently said it had 'credible reports' of detainees being subjected to 'beatings and torture, including rape', while Human Rights Watch documented several cases of alleged abuse, facilitated by a state of emergency that extends police detention from four to 30 days and denies access to a lawyer for up to five days.*

*The **BBC uncovered more testimony of alleged abuse, not just from suspected coup-plotters but from others caught up in the purge accused of 'support for terrorism', including Kurds and leftists. Kamil Uluc was detained in August, accused of links to the banned Kurdish militant group PKK. He was held at Esenler and Vatan police stations in Istanbul where he claims he was severely tortured. In a long, detailed account, he told the BBC it started with a gun being put in his mouth to order him what to say, not allowing him a toilet break so he would soil himself - to far worse. 'They had pictures of about 200 people and were telling us to say they were PKK. When I refused, the torture started. They tied weights to our testicles. I still feel pain around my groin. Then they would pour water on us and beat us. We were taken to hospital but the police ordered the doctor not to record anything'. There were multiple claims of pressure on medical staff to sign off reports without a proper check-up. Kamil continues. 'If you don't speak, we'll bring your wife here and rape her in front of your eyes', they said. Then they took me to a dark room and tried to forcefully insert a baton into my anus. When they couldn't do it, they left. Maybe I will forget the other torture - but for the sexual part, it is carved into the dirtiest corner of my heart.'** The BBC obtained the medical report of another two men who allege sexual abuse. Arrested in the*

*southern city of Urfa for being part of a Marxist group, the report talks of 'lesions on the back of the penis and pain in the scrotum, consistent with squeezing the penis and scrotum'.*

*Political opponents are being targeted too. When the leaders and MPs of the pro-Kurdish opposition party, the HDP, were arrested, Cihad Saatcioglu, the son of one MP, was detained in a protest. The injuries he suffered in custody were so serious that he was admitted to hospital, where the BBC managed to visit him. He cries in pain when he's moved in bed, because of a fractured vertebra. His medical report, which was obtained by the BBC, talks of beating, head trauma, damage to the skull and lesions. A large bandage is lifted up on his back to reveal a deep red wound. 'From the moment I was detained until I was brought to hospital I was constantly beaten,' he says. 'It was endless - slapping, kicking, banging our heads against the wall. When I got to hospital, they tried to pressure the doctors but the medical reports confirmed what had happened so the police ran off and were replaced by others. 'If it was only a few officers, you might think it was an exception. But it was the motorcycle police, plain-clothes ones, anti-terrorism - they were all there. They were confident while torturing us.' Torture was widespread in Turkey through the coups and Kurdish militancy of the 1980s and 1990s. It decreased with the AK Party government from 2004 with safeguards and better medical and legal access. But since the Kurdish conflict resumed last year, followed by the attempted coup, it seems the dark days are returning.» Quelle: BBC News, Turkey torture claims in wake of failed coup, 28. November 2016: [www.bbc.co.uk/news/world-europe-38123926](http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-38123926).*

Human Rights Watch, Oktober 2016:

*«Lawyers, medical personnel and former detainees recounted to Human Rights Watch **allegations of torture and ill-treatment in police detention, that is, the period before an individual is brought before a judge. From police custody, which under the state of emergency can last 30 days, an individual is brought to testify before a prosecutor who will decide to release the person or refer them to a court with a request for a judge to place them in pretrial prison detention pending completion of criminal investigation and trial. The court then rules on whether to jail or release the individual. The cases of alleged abuse include allegations of mistreatment ranging from use of stress positions and sleep deprivation to severe beating, sexual abuse and threat of rape. Some of the alleged abuse took place in the immediate aftermath of the failed coup attempt, while other alleged abuse took place later. The abuse took place in ad hoc detention facilities such as a sports hall that was used to hold detainees immediately after the coup attempt and in established detention facilities such as the Istanbul Security Directorate in Vatan Street, and the Ankara Security Directorate. Human Rights Watch recorded allegations of abuse in Istanbul, Ankara, Urfa and Antalya. Emergency decree provisions and post-coup detention practices have made it difficult to corroborate these allegations. Several of the incidents described below are based only on what the lawyers told Human Rights Watch that their clients had said to them. But based on the level of detail and internal consistency, Human Rights Watch found the accounts to be credible. The allegations underscore the urgent need to restore effective safeguards against torture and ill-treatment in detention as described above. In most cases Human Rights Watch has withheld the***

names of the detainees, the lawyers and other information such as dates, times, places of detention, profession and rank to protect people against repercussions. Some sources provided information about more than one incident. The list below is based on information from 17 different sources. In a few cases, other sources corroborated the information. (...)

#### Torture in Turkey

Widespread and systematic torture has been a long-standing problem in Turkey's recent past. The European Court of Human Rights has found that Turkey violated the prohibition on torture, inhuman and degrading treatment under the European Convention on Human Rights (article 3) in hundreds of judgments mainly, but far from exclusively, relating to the period up to 2004. Over the last 25 years, Human Rights Watch published multiple reports on the use of torture in Turkey. 16 From 2002, when the Justice and Development Party (AKP) first assumed office, to mid-2015 reports of torture and ill-treatment in police custody decreased significantly. While a persistent culture of police violence against demonstrators and against detainees on arrest remained, the general improvement in Turkey's record can be attributed to the introduction of specific safeguards known to reduce ill-treatment, including limited custody periods, much tighter procedures for recording detentions and taking detainees' statements, access to legal counsel from early on in police detention, and obligatory and regular medical examinations of detainees. Despite the improvements in practice, **a pattern of impunity for acts of torture and ill-treatment continued and successive AKP governments notably failed to ensure the prosecution of law enforcement officers and members of the security forces implicated in abuses. With the collapse of a peace process between the Turkish state and the imprisoned leader of the armed Kurdistan Workers' Party (PKK) in summer 2015, conflict in the mainly Kurdish southeast resumed.** In the context of security operations against PKK-linked urban militia groups entrenched in cities and neighborhoods of the southeast, **Human Rights Watch documented a rise once more in reports of torture and ill-treatment of detainees in police custody.** Methods reported to Human Rights Watch by people later released from detention in the southeast **included police beating and punching them, verbally abusing them and threatening them with rape, making them kneel for many hours while handcuffed from behind, depriving them of basic needs such as water, food and sleep.** For the most part, however, the reports and descriptions of such abuse came from lawyers since the majority of detainees remained imprisoned pending trial and therefore not accessible to human rights groups. **Even before the coup attempt lawyers in the southeast also reported some relaxation of the usual detention safeguards.** After mass arrests, individuals were held in unofficial places of detention such as sports halls and lawyers were often barred from access to them in the midst of continuing armed clashes. Some detainees later reported to their lawyers **being forced to sign papers they had not read and being coerced into identifying other suspects from lists of names and photographs.**

Incident 13 (..) Three Istanbul-based lawyers told Human Rights Watch that in the context of a wider operation against **a group allegedly linked to the Kurdistan Workers' Party (PKK), 19 Kurdish men and women of ages ranging from 18 to 35 were detained on August 11 and held in police custody for 17 days. They were**



*detained on suspicion of being PKK members.[80] All were initially held in police custody in the Esenler district of Istanbul at the Atışalanı Police Station and five were transferred on the tenth day of detention to the anti-terror branch of the Istanbul Security Directorate in Vatan Street. Three women detainees were transferred to the Gayrettepe Security Directorate. One lawyer told Human Rights Watch that he had seen seven of those held in the Atışalanı Police Station on the sixth day of their detention. They had reported to him that **a team of police officers from the special forces had beaten them, sworn at and threatened them** and that they had been **given little food for the first three days of their detention. Held in overcrowded cells without beds, the detainees reported that they were sleeping in rotation on blankets on the floor.** The lawyer said that on a second visit to his clients, they reported the beatings had stopped.*

*A second lawyer reported to Human Rights Watch that the five detainees held in the Istanbul Security Directorate in Vatan Street had **had no access to a lawyer during their detention** there until he saw on them on the 17th day of their detention. He first visited one of them and then saw all five. They reported to him **that they had been beaten repeatedly, individually taken to a darkened room and stripped naked, beaten on the testicles with a baton and threatened with rape with a baton. They said the police made the threats to get them to break their silence and give statements. As a result of the threats and fear of repercussions if they did not give statements to the police, the five had decided to give statements to the police in the presence of the lawyer.** İ.B., one of the five, wrote an account for his lawyer of what had happened in police custody at the Vatan Street Security Directorate from prison: **Telling me I would see a lawyer, they took me to interrogation every day for three days (in Vatan). Pulling the clothes off me and tearing them, they threatened me while squeezing my sexual organs and beating me in disgusting ways. One said, I brought your mother here and if you don't talk I will rape her in front of you. They put a bag over my head with my hands tied behind my back and laughed at me, hitting my head on the ground and the wall, making me bend over and shouting, 'Is there no strong guy to rape this one!' They left marks of beating all over my body... They cursed and kicked me, trying to get me to say I knew people I'd never seen in my life and to admit a crime I hadn't committed and said they'd do a lot more to me if not and would get seven or eight people to testify about me before a court so I'd never get out of prison and if I didn't accept and give names they'd ruin my life. Every day I got a medical report mentioning beating they would beat me again. They said, get whatever report you like, everything's in our hands.**» Quelle: Human Rights Watch, A Blank Check, Turkey's Post-Coup Suspension of Safeguards Against Torture, Oktober 2016, S. 3-4; 14-16; 41-43: [www.hrw.org/report/2016/10/24/blank-check/turkeys-post-coup-suspension-safeguards-against-torture](http://www.hrw.org/report/2016/10/24/blank-check/turkeys-post-coup-suspension-safeguards-against-torture).*

## **2 Gefährdung bei Rückkehr aufgrund politisch motivierter Straftat im Exil**

**Kenntnis der Behörden der begangenen Straftat im Ausland.** Gemäss Einschätzung von drei Kontaktpersonen (A., B. und C. Dezember 2016 und Januar 2017) ist

davon auszugehen oder zumindest sehr wahrscheinlich, dass die türkischen Behörden Kenntnis über den vorliegenden Fall haben. Nach Angaben der Kontaktperson C. vom 10. Januar 2017 haben die türkischen diplomatischen Vertretungen Abteilungen, welche für den türkischen Staat relevante Informationen sammeln würden. Informationen über Beteiligte an politisch motivierten Straftaten im Ausland werden nach Angaben der Kontaktperson C. von der diplomatischen Vertretung oder weiteren türkischen Diensten auf jeden Fall an die Behörden in der Türkei weitergeleitet.

**Gefährdung bei Rückkehr aufgrund der Straftat und/oder der Verurteilung.** Nach Angaben der Kontaktperson C. vom 10. Januar 2017 kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Behörden die betroffene Person direkt wegen der begangenen zurückliegenden Straftat verfolgen werden. Kontaktperson A. gab der SFH am 17. Januar 2017 ebenfalls an, dass eine Person in der Türkei in der Regel nicht zweimal für dieselbe Straftat bestraft werden kann. Dies bedeute, dass die Person nach Verbüsung der Strafe im Ausland dafür in der Türkei der Regel nicht mehr belangt werde. Jedoch komme es auf den Einzelfall an, ob die Person bei einer Rückkehr dennoch von Behörden überwacht werde. So sei es laut Kontaktperson A. möglich, dass die Person aufgrund der begangenen politisch motivierten Straftat bei der Rückkehr in den Fokus der Behörden gerate. Laut Kontaktperson C. werde die Person aufgrund der Straftat sicherlich auf einer Liste mit verdächtigen Personen oder potentiellen Terroristen geführt. Dies führe dazu, dass die Person unter Beobachtung der türkischen Behörden stehe. Es sei aber schwierig, zuverlässig daraus zu schliessen, ob die Person deswegen am Flughafen oder später verhaftet werde. Sicherlich werde die Person überwacht, da sie auf den erwähnten Listen stehe. Schliesslich sei es in der aktuellen Lage auch möglich, dass die Person aufgrund anderer Gründe verhaftet werde.

**Weitere Straftaten erhöhen Risiko?** Nach Angaben von Kontaktperson C. vom 10. Januar 2017 können weitere, auch nicht politisch motivierte, begangene Straftaten das Risiko erhöhen, dass eine Person nach der Rückkehr verhaftet wird. Gemäss Einschätzung derselben Quelle sei es ein übliches Vorgehen der türkischen Polizei und der Geheimdienste, dass bei einem Verdacht auf Zugehörigkeit zu einer illegalen Gruppierung (wie zum Beispiel PKK, Gülen-Bewegung, aber auch unpolitische kriminelle Organisationen) überprüft werde, ob die Person in weitere illegale Aktivitäten verwickelt sei (Übergriffe, Drohungen, Drogenhandel oder anderes). Dies könne das Risiko erhöhen, dass eine Person verhaftet werde, erklärt Kontaktperson C. Zudem bestehe die Möglichkeit, dass die Polizei eine Person mit einem solchen Profil als Informant nutzen will. Es konnten im Rahmen dieser Recherche keine weiteren Informationen zu dieser Frage gefunden werden.

**Beobachtung auch im Ausland möglich, bei Rückkehr Überprüfung von Beiträgen in sozialen Medien.** Kontaktperson B. gab der SFH am 21. Dezember 2016 an, dass verdächtige Personen von türkischen Behörden auch im Ausland beobachtet werden. Diese könnten bei einer Rückkehr in den Fokus der Behörden geraten und teilweise auch verhaftet werden. So würde zum Beispiel bei der Rückkehr überprüft, ob eine Person regierungskritische Einträge auf sozialen Medien wie Facebook verfasst habe. Solche Beiträge können laut der Kontaktperson unter Umständen zu einer

Verhaftung führen. Verschiedene Quellen vom November und Dezember 2016 (Interviews mit Kontaktpersonen D. und F.<sup>4</sup> am 28. und 29. November 2016 vor Ort; *Freedom House*, November 2016) weisen ebenfalls darauf hin, dass türkische Behörden die Kommunikation mittels Telefon oder E-Mail sowie Beiträge in sozialen Medien überwachen. Beiträge in sozialen Medien wie Twitter oder Facebook können gemäss denselben Quellen zu einer Verhaftung oder Entlassung aus dem öffentlichen Sektor führen.

**Gefährdung aufgrund der Teilnahme an exilpolitischen Demonstrationen.** Nach Angaben von Kontaktperson A. vom 17. Januar 2017 kann die Teilnahme an exilpolitischen Aktivitäten das Risiko einer Verhaftung bei der Rückkehr erhöhen, wenn die türkischen Behörden die Aktivitäten als illegal erachten. Nach Einschätzung der Kontaktperson C. vom 10. Januar 2017 sei die blossе Teilnahme an exilpolitischen Demonstrationen in der Regel aber noch kein schwerwiegender Anklagepunkt für die türkischen Behörden. Allerdings könnten solche Teilnahmen als Argumentation benutzt werden, wenn die Behörden die Person verhaften wollen. Politische Diaspora-Aktivitäten werden nach Angaben der Kontaktperson C. von türkischen Behörden überwacht. Allerdings würden sie bei Demonstrationen mit über zehntausend Personen wohl nicht alle einzelnen Teilnehmer beobachten. Stattdessen seien Geheimdienste daran interessiert, an solchen Ereignissen Führungspersonen («Kader») zu identifizieren und deren Organisation zu verstehen. Wenn eine Person mit solchen Führungspersonen («Kader») in Kontakt stehe, dann könne dies unter Umständen zu einer Gefährdung bei der Rückkehr führen. Wenn es sich bei der rückkehrenden Person schliesslich um eine Person im Kader der PKK oder einer anderen illegalen Organisation handle oder um eine Person, welche durch Interpol gesucht werde, dann würden die türkischen Behörden diese bei der Einreise verhaften.

**Meinungs- und Versammlungsfreiheit in der Türkei stark beeinträchtigt, Vorgehen gegen Demonstrationen im Inland.** Der aktuelle Jahresbericht von *Human Rights Watch* vom Januar 2017 zeigt auf, dass Meinungs- und Versammlungsfreiheit in der Türkei aktuell starken Repressionen ausgesetzt sind. Regierungskritische Demonstrationen im Inland werden laut derselben Quelle häufig durch die türkischen Behörden verboten oder gewalttätig aufgelöst. Zudem sind gemäss einer gemeinsamen Stellungnahme von *Amnesty International*, *Article 19*, *Human Rights Watch* und *PEN International* vom 20. Januar 2017 Personen, die regierungskritische Meinungen insbesondere zu kurdischen Themen äussern, Gewaltandrohungen, Strafverfolgung und Untersuchungshaft ausgesetzt. Das *International Center for Not-for-Profit Law* berichtete im Oktober 2016 in seinem *Civic Freedom Monitor* zur Türkei von verschiedenen Gesetzverschärfungen der letzten Jahre, welche Gefängnisstrafen für Demonstrationsteilnehmende in der Türkei ermöglichen. Eine Gesichtsverhüllung bei einer Demonstration kann so nach einer Gesetzesänderung im März 2015 beispielsweise eine Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren zur Folge haben.

Human Rights Watch, Januar 2017:

**«Government-led efforts to silence media criticism and scrutiny of government policy in Turkey involved five main trends: the prosecution and jailing of**

---

<sup>4</sup> Die Kontaktperson F. ist eine in der Türkei im Menschenrechtsbereich tätige Expertenperson.

**journalists; takeover of media companies – including the daily Zaman newspaper – by appointing government-approved trustees and seizing assets and the closing down of media; removal of critical television stations from the main state-owned satellite distribution platform and their closure; physical attacks and threats against journalists; and government pressure on media to fire critical journalists and cancel their press accreditation.** Blocking of news websites critical to the government also increased. Turkey made the highest number of requests to Twitter of any country to censor individual accounts. In January 2016, over 1,000 university lecturers who signed a petition criticizing government policy in the southeast and calling for a return to political negotiations with the PKK, were harshly targeted by Erdoğan in speeches and then subjected to a criminal investigation for ‘insulting’ the Turkish state. The investigation had not been concluded at time of writing. Some universities dismissed signatories of the petition, and 68 were fired by decree in September and October. International pressure, including from the UN Secretary General, helped to secure the release of some journalists from unjustified detention, including Reporters Sans Frontières (RSF) representative Erol Onderoğlu in June. However, following the coup attempt such pressure appeared to have less effect.

Following the coup attempt, the government closed down by decree over 160 media outlets, most linked to the Gülen movement or Kurdish media. The number of journalists in pretrial detention on the basis of their writing and journalistic activities surged to 144 by mid-November, making Turkey once again a world leader in jailing journalists. Presenting no evidence of criminal wrongdoing, authorities detained many reporters and columnists employed by media outlets allegedly linked to Gülen. Among those jailed pending investigation were veteran journalists and commentators who have been prominent government critics such as Nazlı Ilıcak, Şahin Alpay, Ahmet Altan, and Mehmet Altan.

**Authorities detained journalists and writers on charges of links with the PKK but again presented no evidence to support the charges.** Among this group were novelists Necmiye Alpay and Aslı Erdoğan. Authorities closed down the pro-Kurdish daily *Özgür Gündem* in August and placed dozens of journalists who had participated in a solidarity campaign with the newspaper under investigation for ‘spreading terrorist propaganda.’

*Cumhuriyet* daily newspaper editor Can Dündar and the Ankara bureau chief Erdem Gül were convicted in May and sentenced to over five years’ imprisonment for revealing state secrets by publishing evidence of arms being sent to Syria. Dündar and Gül have appealed the verdict. Dündar is outside Turkey. In November, authorities arrested Murat Sabuncu who became *Cumhuriyet* editor after Dündar, as well as nine writers and board members from the newspaper.

Using state of emergency powers, in November the government suspended by decree the activities of 370 nongovernmental associations, among them a children’s rights group, three lawyers’ associations with a human rights focus, and women’s rights and humanitarian organizations in the southeast.

**Authorities frequently impose arbitrary bans on public assemblies and violently disperse peaceful demonstrations.** For the second year running, the Istanbul

governor's office banned the annual Istanbul Gay and Trans Pride marches in June 2016, citing concerns about security threats and public order.» Quelle: Human Rights Watch, World Report 2017, Turkey, 12. Januar 2017: [www.hrw.org/world-report/2017/country-chapters/turkey#4b0997](http://www.hrw.org/world-report/2017/country-chapters/turkey#4b0997).

Amnesty International; ARTICLE 19; Human Rights Watch; PEN International, 20. Januar 2017:

«Freedom of expression and association

Freedom of expression deteriorated sharply since the coup attempt. After the declaration of a state of emergency, at least 118 journalists and media workers were remanded in pre-trial detention and 149 media outlets and publishing companies were arbitrarily and permanently closed down under executive decrees, leaving opposition media across the political spectrum severely restricted. **More broadly, people expressing dissenting opinions, especially those related to the Kurdish issue, were subjected to threats of violence and/or criminal prosecution and pre-trial detention.** Internet censorship increased. 375 NGOs, including women's rights groups, lawyers associations and humanitarian organizations were shut by executive decree in November. The two leaders of the opposition Peoples' Democratic Party (HDP) and other members of parliament were remanded to pre-trial detention on terrorism charges in November 2016. Scores of democratically elected mayors in the southeast have been similarly jailed or replaced with government-appointed trustees, depriving millions of voters of their elected representatives in parliament and in local government and undermining the right to association.» Quelle: Amnesty International; ARTICLE 19; Human Rights Watch; PEN International, Joint Letter to the Members of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe, 20. Januar 2017, S. 1: [www.hrw.org/sites/default/files/supporting\\_resources/joint\\_ngo\\_pace\\_turkey20012017.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/supporting_resources/joint_ngo_pace_turkey20012017.pdf).

Freedom House, November 2016:

«**Arrests and prosecutions for social media posts have increased in recent years, and in some cases, individuals have been imprisoned. Over the past year, hundreds of Twitter users faced charges of insulting government officials, defaming President Erdoğan, or sharing propaganda in support of terrorist organizations. Several journalists were charged for their social media activities, including:** Journalist Hayri Tunç, who works for the news site Jıyan, was arrested on February 2, 2016 and later sentenced to two years in prison for "terrorism propaganda," "abetting criminal acts," and "glorifying criminal acts." **He was targeted for posting tweets, Facebook posts, and YouTube videos that mainly covered fighting between the security services and Kurdish militants. He appealed the decision shortly after his June 2016 sentencing. In September 2015, journalist and writer Aytakin Gezici received a combined prison sentence of five years and nine months, in addition to a judicial fine equivalent to 21 months in prison, for "insulting" President Erdoğan, former deputy prime minister Bulent Arınç, and former justice minister Bekir Bozdağ on Twitter. He was acquitted of similar charges against two other public officials. Gezici had been detained in October 2014 in Adana after a police raid on his**

home. Although he was not immediately imprisoned (likely due to an appeal), he was detained in July 2016 for alleged links to the failed coup. Bülent Keneş, editor-in-chief of Today's Zaman, was arrested in October 2015 for **allegedly insulting President Erdoğan on Twitter**. In March, he was sentenced to over 2.5 years in prison, although he was not yet imprisoned, likely due to an ongoing appeal. Journalist and anchorwoman Sedef Kabaş was acquitted in October 2015 of "menace" and "targeting public officials involved in counter-terrorism." Earlier, she had her home raided and was detained for a tweet that alluded to a cover up of a government corruption scandal." In April 2016, journalist Hamza Aktan was **arrested after retweeting a request from the BBC** for people in Cizre to send pictures to the BBC. He faced a one- to five-year prison sentence. **Journalists were not the only ones targeted for the social media activity. Prominent figures and even lesser known citizens were charged over the past year, including:** Merve Büyüksaraç, a former "Miss Turkey," was given a 14-month suspended prison sentence in May 2016. 114 She had been on trial since 2015 for sharing a satirical poem on Instagram related to President Erdoğan's corruption scandal that had originally appeared in the Turkish comic Uykusuz. Bercan Aktas, a 22-year-old media student and member of the opposition People's Democratic Party (HDP), was arrested in August 2015 for **a tweet stating "A special forces police officer was neutralized"** rather than using the term "martyred." "Neutralized" is the term employed by the mainstream media to describe the death of alleged Kurdish militants. He was detained for over one month and later received a suspended prison sentence of one year and three months. A 14-year-old schoolboy was held overnight at a police station in October 2015 for "insulting" President Erdoğan on Facebook. Bilgin Çiftçi, a family doctor in the province of Aydin, shared a popular meme comparing President Erdoğan's facial expressions to a character in the Lord of the Rings movies. He was charged with insulting the president in December 2015 and faces up to two years in prison. In defense of Çiftçi, the films' director Peter Jackson claimed that the picture did not portray Gollum, but rather his alternate ego "sweet Smeagol," and therefore should not be considered insulting. Another person, Rifat Çetin, shared a similar content in 2014 and was handed a suspended prison sentence of one year. The judge had assembled a panel of film experts to determine whether or not the image was insulting. In February 2016, 23-year-old **university student Gizem Yerik was pulled from a lecture and taken into custody on charges of defaming the president and spreading PKK propaganda through her social media posts.** Alleging that there was no ward for women in the jail, she was reportedly kept in solitary confinement for six days until she was sent to Gebze prison. She was released on probation on May 11, 2016 and later sentenced to 11 months and 20 days for insulting the president, in addition to a prison term of 3 years and 9 months for spreading propaganda in support of terrorist organizations.

President Erdoğan has reportedly filed criminal complaints against more than 250 people for "insulting" him online and more than 2,000 people for "insulting" him by any means since he was elected president in August 2014. Speaking on July 30, 2016, after the failed coup, President Erdoğan announced he would withdraw all such lawsuits. Nevertheless, Article 125(3) and Article 299 of the penal code remained in place as of writing.

Surveillance, Privacy, and Anonymity. **Government surveillance, the bulk retention of user data, and limitations on encryption and anonymity are all concerns in**

**Turkey.** Leaked emails revealed a contract between the Italian surveillance software company Hacking Team and the General Directorate of Security (GDS), a civilian police force, for the use of Hacking Team's "Remote Control System" from June 2011 to November 2014. Under Turkish law, the interception of electronic communications falls under the purview of the TİB, and questions remain over the legality of the GDS using software that can infiltrate targets' computers. The prominence of so-called Gülenists in the police and judiciary has been a major point of discussion in the country in recent years, particularly after Gülenists were widely blamed for leaked wiretaps that led to various government corruption scandals in 2013 and 2014. Further scandals prompted high-level sackings and reshuffling within the police and judiciary, apparently aimed at removing suspected Gülenist officials.» Quelle: Freedom House, Freedom on the Net 2016 - Turkey, November 2016: [www.freedomhouse.org/report/freedom-net/2016/turkey](http://www.freedomhouse.org/report/freedom-net/2016/turkey).

International Center for Not-for-Profit Law, Oktober 2016:

«**Turkish law makes available criminal sanctions in Articles 29, 30, 31, 33, 34 of the Law on Meetings and Demonstrations. According to Article 31, anyone who uses propaganda materials which are not indicated by the organizational committee in the notification is subject to a prison sentence from six months to a year. In addition, if these propaganda materials are used to provoke the public to commit a crime, the person who uses the material is subject to a prison sentence from 1.5 to 3 years. If a crime takes place due to the use of propaganda materials the person responsible for the action is subject to a prison sentence from 6 months to 3 years. According to Article 33 a person who carries a weapon in the demonstration is imprisoned depending on the type or the severity of the weapon. Finally, Article 34 outlines prison sentences regarding illegal actions taking place in the event of the meeting being cancelled or dissolved.**

There are also concerns about the **new security bill, which Turkey's Parliament passed in December 2014. The bill increases penalties for people involved in protests**, and its introduction followed violent protests in southeastern Turkey on October 6 and 7, 2014 that left up to 50 people dead. The Council of Europe (CoE) Human Rights Commissioner Nils Muizniek said, 'I think in particular that any widening of the powers of the police to use firearms, to use force during demonstrations, to stop and check, or to apprehend suspects at their own initiative without judicial authorization, would bear the risk of increasing the likelihood of human rights violations, notably with respect to the right to life, the right to freedom of assembly, and the right to respect for private life.'

In addition, the Law Amending the Law on Powers and Duties of the Police, Other Laws and Decrees', which was passed in Parliament in March 2015 and is widely referred to as the 'Internal Security Reform Package, **strengthened the powers of the police during demonstrations by extending the police's authority to detain anyone without consulting the prosecutor's office. In addition, protestors who cover their faces fully or partially during demonstrations can face a five-year prison sentence.**» Quelle: International Center for Not-for-Profit Law, Civic Freedom Monitor: Turkey, 26. Oktober 2016: [www.icnl.org/research/monitor/turkey.html](http://www.icnl.org/research/monitor/turkey.html).

### 3 Besuch von Sicherheitskräften in Nusaybin

**Sicherheitszonen, Ausgangssperren.** Wie bereits im Themenpapier der SFH vom August 2016 ausführlich beschrieben, riefen türkische Behörden im Verlauf des Sommers und Herbsts 2015 beinahe in allen Provinzen im Osten und Südosten der Türkei – teilweise auch in Wohngebieten – provisorische Sicherheitszonen aus. Seit Juli und August 2015 wurden in unzähligen Distrikten Ausgangssperren erhoben und militarierte Sicherheitsoperationen durchgeführt (TIHV, August 2016; SFH, August 2016). Wie im Themenpapier der SFH berichtet, kamen dabei die Spezialeinheiten der Polizei und Gendarmerie zum Einsatz.

**Ausgangssperren, Menschenrechtsverletzungen und massives Vorgehen der Sicherheitskräfte in Nusaybin im Jahr 2015 und 2016.** Nach Angaben eines Artikels von *Bianet* vom Dezember 2015 war der Distrikt Nusaybin, in welchem auch die Stadt Nusaybin liegt, einer der am häufigsten von Ausgangssperren betroffenen Distrikte. Die *Union of Southeastern Anatolia Region Municipalities (GABB)* hat in einem gemeinsamen Bericht mit der *Municipality Nusaybin* vom August 2016 beschrieben, dass die Rund-um-die-Uhr-Ausgangssperren und Blockaden in Nusaybin und anderen Städten der Region seit August 2015 zu massiven Zerstörungen und Zwangsmigration führten. Die Stadt Nusaybin habe zwischen Oktober 2015 und März 2016 sieben zum Teil längere Ausgangssperren erlebt. Am 14. März 2016 sei die achte Rund-um-die-Uhr-Ausgangssperre erklärt worden, welche 134 Tage andauert habe. Während der Ausgangssperren seien zahlreiche Zivilistinnen und Zivilisten ums Leben gekommen (*GABB/Municipality Nusaybin*, August 2016). Unabhängige Beobachter haben in Nusaybin und an anderen Orten Menschenrechtsverletzungen und Tötungen von unbewaffneten Zivilistinnen und Zivilisten dokumentiert (SFH, August 2016). Im Bericht von *GABB/Municipality Nusaybin* wird erwähnt, dass schwere Waffen eingesetzt worden sind und tausende von Soldaten, Polizisten und Spezialeinheiten an den Sicherheitsoperationen in Nusaybin beteiligt waren. Der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte Zeid Ra'ad Al Hussein zeigte sich im Juni 2016 besorgt, dass der östliche Teil der Stadt Nusaybin, Provinz Mardin, weitreichend zerstört ist. Hunderte von Häusern seien aufgrund des Einsatzes von schweren Waffen beschädigt oder zerstört worden (SFH, August 2016).

**Kontrolle von Häusern, routinemässige Suche nach verdächtigen Personen.** Die Kontaktperson C. gab am 10. Januar 2017 an, dass während der Sicherheitsoperationen im Südosten in den entsprechenden Zonen die Häuser von Spezialeinheiten kontrolliert und durchsucht wurden. Zudem habe es auch schon vor den Ausgangssperren Kontrollen durch Sicherheitskräfte gegeben. Laut der Angaben von Kontaktperson A. vom 17. Januar 2017 handle es sich um eine übliche Routine der Sicherheitskräfte, dass sie während dieser Razzien oder Durchsuchungen von Häusern nach Personen mit möglichen Verbindungen zur PKK oder anderen illegalen Organisationen gesucht hätten. Wenn sie bei einer solchen Durchsuchung zum Beispiel die Fotografie einer Person gefunden hätten, welche Aufschlüsse zur Zugehörigkeit zu einer illegalen Organisation gebe, sei es nach Einschätzung derselben Quelle die übliche Vorgehensweise, dass die Sicherheitskräfte die anwesenden Bewohnerinnen und Bewohner zum Aufenthaltsort der Person befragten.

GABB/Nusaybin Municipality, August 2016:



**«Round-the-clock curfews and blockades implemented in Nusaybin and a number of cities located the region of since August 2015 have caused a huge devastation and mass forced migration as well as widespread rights violations including 'right to live'. Until now, as a result of curfews declared by the central government for tens of neighbourhoods in city centers of 2 provinces and 23 towns of 8 different provinces gave rise forced migration of 500 thousand people, thousands of houses and shops were heavily damaged, private properties and houses were expropriated, the region has faced significant economic difficulties and poverty has peaked. This fact sheet aims at delineating what happened in Nusaybin as one of above-mentioned towns during round-the-clock curfews and outcomes emerged after the blockade was removed in certain neighbourhoods.**

**Round-the-Clock Curfews in Nusaybin. Nusaybin, a town of Mardin province, had a population of 113.594, of which 87.948 used to live in city center while 25.646 in rural side of the city. People in the city witnessed curfews for 7 times during October 2015- March 2016 period while 8th curfew started on 14th of March, 2016. The last round-the-clock-curfew declared by governor's office lasted for 134 days. On 26 July 2016, curfew was lifted in 9 neighbourhoods (Girnavas, İpekyolu, Barış, Devrim, 8 Mart, Selahattin Eyyubi, Yeni Turan, Yeşilkent ve Mor Yakup) between 5 am and 11 am. On the other hand, round-the-clock curfew still continues in 6 remained neighbourhoods in city center (Fırat, Dicle, Yenişehir, Zeynel Abidin, Abdulkadir Paşa, Kışla neighbourhoods).**

*Civilians lost their lives in curfews 25 civilians, including 2 children and 7 women, lost their lives during the curfews in Nusaybin declared in different dates starting with 1st October 2015. Regarding the informations taken from the human rights organisations, the names and ages of the civilians lost their lives are as follows: Ahmet Sönmez(50), Şahin Turan(25), Selamet Yeşilmen(44), Abdulkadir Yılmaz(65), Hasan Dağ(45), Musur Aslan(19), Emin Öz(55), Muhammed Altunkaynak(19), Nurhan Kaplan(45), Şerif Alpar(55), Sedat Güngör(22), Mehmet Emin İnan(55), Cudi Teber (23), Mahsum Alpdoğan(19), Fehime Aktı(56), Hakan Doğan(15), Medeni Orak (45), Rohat Karakoç, Hasan Korkmaz(60), Mehmet Pitek(40), Heyhat Müjde(43), Saadet Müjde(19), Fehime Kurumaz (11), Dilşa Ak (59) and Emire Gök (39).*

**Weaponry Used by Turkish Armed Forces in the Course of Curfews.** *In the course of blockade, weapons which are used only in conventional warfares such as tanks, artilleries, grenade throwers, bridge tanks and howitzers were employed by the Turkish Armed Forces in Nusaybin. In addition to use of heavy weaponry and military vehicles, thousands of soldiers, policemen and special forces units participated the military operation. In the midst of military operation, authority of governor's office was transferred to military commanders in Nusaybin by April 2016. Use of heavy weaponry in urban areas where civilians live, which is violation of binding international agreements signed by Turkey, increased volume of devastation in the city as well as number of rights violations committed. This change also left no civilian bureaucracy that municipal bodies could communicate.»* Quelle: Union of Southeastern Anatolia Region Municipalities (GABB); Nusaybin Municipality, Round-the-Clock Curfews in Nusaybin and informative Report on Post-Conflict Situation, 25. August 2016, S. 2-3: [www.kurdishsolidaritynetwork.files.wordpress.com/2016/12/nusaybin\\_report\\_gabb\\_2\\_016-08-25\\_en.pdf](http://www.kurdishsolidaritynetwork.files.wordpress.com/2016/12/nusaybin_report_gabb_2_016-08-25_en.pdf).

TIHV, August 2016:

*«Curfews are implemented in southeastern Turkey since the collapse of resolution process in July 2015, yet their unlawfulness is even declared by the Venice Commission on their official Opinion on the legal framework of governing curfews. The yearlong in-between August 16, 2015 and August 16, 2016 there has been at least 111 officially confirmed, open-ended and round-the-clock [all daylong] curfews in at least 35 districts of 9 cities in southeastern Turkey. These cities are as follow; Diyarbakır (61 times), Mardin (18 times), Şırnak (13 times), Hakkâri (11 times), Muş (2 times), Bingöl (2 times), Elazığ (1 time), Batman (2 times), Bingöl (2 times) and Tunceli (1 time). It is estimated that, according to the 2014 population census, at least 1 million 671 thousand residents have been affected by these curfews and fundamental rights of these people such as Right to Life and Right to Health are explicitly violated.»*  
Quelle: Human Rights Foundation of Turkey (TIHV), Curfews Between August 16, 2015 – August 16, 2016 and Civilians Who Lost Their Lives, 21. August 2016: [www.en.tihv.org.tr/curfews-between-august-16-2015-august-16-2016-and-civilians-who-lost-their-lives/](http://www.en.tihv.org.tr/curfews-between-august-16-2015-august-16-2016-and-civilians-who-lost-their-lives/).

SFH, August 2016:

*«**Provisorische Sicherheitszonen.** Laut «Gesetz 2565 über verbotene militärische Zonen und Sicherheitszonen» vom 18. Dezember 1981 dürfen Provinzgouverneure gewisse Zonen als provisorische Sicherheitszonen bezeichnen. Zivilpersonen ist es nicht erlaubt, diese Zonen zu betreten. **Im Verlauf des Sommers und Herbsts 2015 haben die türkischen Behörden beinahe in allen Provinzen im Osten und Südosten der Türkei solche provisorischen Zonen ausgerufen. Gemäss der HDP handelte es sich teilweise um Wohngebiete. Ende September 2015 wies Human Rights Watch gegenüber Voice of America darauf hin, dass die Bestimmung der Zonen willkürlich und ohne parlamentarische Kontrolle erfolge.** Zudem bestehen laut derselben Quelle negative Auswirkungen für die Bevölkerung, die gezwungen wurde, diese Gebiete zu verlassen und so ihre Lebensgrundlagen verlor.*

***Unzählige unbefristete Rund-um-die-Uhr-Ausgangssperren in Dutzenden Distrikten im Südosten der Türkei. Seit August 2015 verhängt der türkische Staat Ausgangssperren in mehreren Distrikten im Südosten der Türkei, um dort «die öffentliche Ordnung wiederherzustellen».** Bisher handelte es sich meist um Gebiete, in denen kurz zuvor die PKK-nahe Jugendorganisation Yurtsever Devrimci Gençlik Hareketi (YDG-H, patriotisch revolutionäre Jugendbewegung), die Yekîneyên Parastina Sîvîl (YPS, Zivilverteidigungseinheiten), die PKK oder die lokalen kurdischen Behörden die Kontrolle ergriffen haben und Gräben aushoben sowie Barrikaden errichteten. **Laut Angaben der International Crisis Group (ICG) vom 20. Juli 2016 haben Sicherheitskräfte seit August 2015 85 Ausgangssperren von unterschiedlicher Dauer in 33 südöstlichen Distrikten mit kurdischen Bevölkerungsmehrheiten verhängt.** Auch nach dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 wurden gemäss der Neuen Zürcher Zeitung «etliche Dörfer und Kleinstädte unter Blockade gestellt». Gemäss der Türkischen Stiftung für Menschenrechte (TIHV) waren zwischen dem 16. August 2015 und dem 20. April 2016 65 offiziell bestätigte, unbefristete Rund-um-die-Uhr-Ausgangssperren in 22 Distrikten in der Südosttürkei, einschliesslich in Sur und Silvan in der Provinz Diyarbakır,*

*Nusayabin und Dargeçit in der Provinz Mardin, Şırnak, Cizre, Silopi und İdil in der Provinz Şırnak sowie Yüksekova in der Provinz Hakkâri, verhängt worden. Laut eines Wahlbeobachters der parlamentarischen Versammlung des Europarates sind hauptsächlich Distrikte mit vielen HDP-Wählerinnen und Wählern betroffen. Die International Crisis Group (ICG) aktualisiert in einer interaktiven Open-Source-Datenbank laufend den Status der Ausgangssperren in den einzelnen betroffenen Dörfern, Städten und Stadtteilen.*

*Gesetzliche Grundlage für die Ausgangssperren sind Verwaltungsentscheide, die auf ein Gesetz gestützt sind, welches das Wort «Ausgangssperre» nicht erwähnt (und somit weder definiert, was unter Ausgangssperre zu verstehen ist, noch Regeln zur Verhängung und Dauer festhält und auch keine Schutz- und Hilfsmassnahmen für Zivilpersonen vorsieht). Das türkische Verfassungsgericht hat ein Gesuch abgelehnt, welches um die Aufhebung der Entscheidung ersuchte, Ausgangssperren zu verhängen. Im Juni 2016 befand die Venedig-Kommission des Europarates, welche Staaten verfassungsrechtlich berät, dass die Entscheidungen der türkischen Behörden, Ausgangssperren zu verhängen, nicht die rechtlichen Anforderungen der türkischen Verfassung und der Europäischen Menschenrechtskonvention erfüllt. (...)*

**Militarisierte Sicherheitsoperationen, Einsatz der Spezialeinheiten der Polizei und Gendarmerie.** *Laut Human Rights Watch (HRW) war zu Beginn die Polizei für die Sicherheitsoperationen in den kurdischen Gebieten zuständig. In zunehmendem Masse werden sie jedoch vom Militär durchgeführt. Laut einem Artikel in Le Monde Diplomatique vom Juli 2016 sind zudem die Spezialeinheiten der Polizei, die Polis Özel Harekat (PÖH) sowie der Gendarmerie, die Jandarma Özel Harekat (JÖH), an den Operationen in kurdischen Städten im Südosten beteiligt. Weitere Quellen dokumentieren ebenfalls den Einsatz von Spezialeinheiten der Polizei und Gendarmerie im Südosten des Landes. Medienschaffende und HDP-Abgeordnete vor Ort erachten es ausserdem als wahrscheinlich, dass der informelle Geheimdienst der Gendarmerie zur Terrorabwehr (JITEM) wieder aktiv sei. Dieser hatte in den 1990er Jahren zahlreiche Massaker an der kurdischen Bevölkerung verübt und gilt eigentlich als aufgelöst.*

*Menschenrechtsverletzungen. Für Amnesty International stellen die unbefristeten, rund-um-die-Uhr-Ausgangssperren eine Form völkerrechtlich verbotener kollektiver Bestrafung dar. In von Amnesty International besuchten Ortschaften, in denen zuvor eine Ausgangssperre verhängt worden war, war klar ersichtlich, dass viele der verstorbenen Menschen (Ältere, Babys und Frauen) nicht in Kämpfe involviert sein konnten. Laut einer öffentlichen Stellungnahme von Amnesty International vom 30. Juni 2016 werden die Sicherheitsoperationen in der Südosttürkei ausserhalb des rechtlichen Rahmens («Beyond the Reach and Protections of the Law») durchgeführt. Dies zeige die wachsende Zahl an Beweisen über schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen einschliesslich Folter sowie Straffreiheit nach ebensolchen Verbrechen. Gemäss Human Rights Watch (HRW) riskieren Personen, die gegen die Ausgangssperren verstossen, nicht nur ein Bussgeld von 100 Türkischen Lira (rund 33 CHF). HRW dokumentierte Fälle von Personen, die sich hinauswagten und unter Beschuss gerieten oder verhaftet wurden.*

*Strafffreiheit. Strafffreiheit wie auch wirksame Ermittlungen hinsichtlich der mutmasslichen Missbräuche durch Sicherheitskräfte geben laut verschiedenen Quellen Anlass zur Sorge. Gesetzliche Änderungen, die am 23. Juni 2016 vom türkischen Parlament angenommen worden sind, verringern die gerichtliche Aufsicht über die Sicherheitsoperationen weiter und erschweren eine wirksame Ermittlung gegen Militärbeamte, die schon jetzt Strafffreiheit bei Menschenrechtsverletzungen geniessen. Diese Änderungen sind nach Einschätzung von Amnesty International insbesondere angesichts der jüngsten Menschenrechtsverletzungen während Anti-Terror-Operationen sehr besorgniserregend.*

*Dokumentierte Fälle von Menschenrechtsverletzungen und ungesetzlichen Tötungen. Dokumentierte Vorfälle zeigen auf, dass die türkischen Behörden Menschenrechtsstandards in Gebieten missachten, über die eine Ausgangssperre verhängt wurde. **So berichteten beispielsweise 42 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Nusaybin in der Provinz Mardin, unter ihnen elf Frauen und zehn Kinder, dass sie am 26. Mai 2016 von Sicherheitskräften verhaftet und misshandelt worden waren.** Dies geschah mehrere Tage nachdem die bewaffneten Auseinandersetzungen in Nusaybin geendet hatten. Ein 16-jähriger Junge berichtete beispielsweise seinem Anwalt, dass ihm sein Finger gebrochen wurde, nachdem er sich geweigert hatte, eine Erklärung zu unterschreiben, die er nicht lesen durfte. Auch sei sein Auge durch Schläge der Polizeikräfte schwer verletzt worden. Es gibt keine Anzeichen, dass die Staatsanwaltschaft diese wie auch andere mutmassliche Verbrechen während Operationen in Gebieten, über die eine Ausgangssperre verhängt worden war, effektiv untersucht.*

*Human Rights Watch (HRW) erwähnt im Bericht vom 11. Juli 2016 Beispiele von ungesetzlichen Tötungen. Unter anderem wird von Fällen berichtet, bei welchen Zivilistinnen und Zivilisten auf der Strasse erschossen wurden, obwohl sie eine weisse Flagge als Schutzzeichen auf sich trugen. Auf diese Weise hatten am 25. Dezember 2015 Scharfschützen der Sicherheitskräfte ein drei Monate altes Baby und seinen 82-jährigen Grossvater im Distrikt Cizre in der Provinz Şırnak erschossen, wie Verwandte HRW gegenüber berichteten. Der Grossvater wurde erschossen, während er eine weisse Flagge als Schutzzeichen trug und medizinische Hilfe für das Baby holen wollte. Die Polizei war zuvor informiert worden und hatte den Grossvater und weitere Angehörige instruiert. In einem weiteren Vorfall eröffneten türkische Sicherheitskräfte in der Stadt Cizre am 20. Januar 2016 das Feuer auf eine Gruppe von 30 Zivilpersonen – angeführt von einem Parlamentarier der Halkların Demokratik Partisi (HDP) –, die Verletzte und Tote aus dem Stadtteil Cudi herausholten. Sie trugen weisse Flaggen und der Distrikt-Gouverneur sei informiert gewesen. Zwei Personen kamen ums Leben, mehrere wurden verletzt und mussten ins Spital gebracht werden. Ein Mitglied der Gruppe, der Kameramann Refik Tekin von IMC TV, filmte den Vorfall. UNO-Hochkommissar für Menschenrechte Zeid Ra'ad Al Hussein zeigte sich äussert schockiert über dieses Ereignis und über die allgemeine Verschlechterung der Menschenrechtssituation in der Südosttürkei. Berichten zufolge wurde ein Haftbefehl gegen den Kameramann Refik Tekin wegen «Zugehörigkeit zu einer terroristischen Gruppierung» erlassen. Zeugen berichteten zudem, dass sie im staatlichen Krankenhaus von Cizre von Angehörigen der Sicherheitskräfte geschlagen und schikaniert wurden. Diese hätten einen Teil des Spitals geräumt und sich dort einquartiert sowie Militärfahrzeuge auf dem Spitalgelände parkiert.*

*Ausmass der Verstösse noch nicht erkennbar, **Zugang zu betroffenen Gebieten für unabhängige Beobachter noch immer nicht gewährt. Das Ausmass der Verstösse, die durch die türkischen Sicherheitskräfte sowie die kurdischen Kämpfer in den Gebieten unter Ausgangssperre begangen wurden und werden, ist noch nicht erkennbar.** Unabhängigen Beobachtern ist es noch immer nicht erlaubt, sich in diese Regionen begeben. Der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte notierte am 10. Mai 2016, dass zur Situation in Cizre (siehe unten) mehr Informationen bekannt geworden sind, als zur Situation in anderen Distrikten, Städten und Dörfern im Südosten der Türkei, einschliesslich den Städten Silopi (Provinz Şırnak), Nusaybin (Provinz Mardin) und des Distrikts Sur der Stadt Diyarbakır (Provinz Diyarbakır), zu denen der Zugang noch immer verwehrt ist. Ein solcher Informationsmangel über die Geschehnisse in einem grossen zugänglichen Gebiet wie die Südosttürkei sei sowohl erstaunlich wie auch zutiefst beunruhigend. «Dieses Blackout nährt schlichtweg die Befürchtungen darüber, was in der Region vor sich geht.» Noch immer ist weder dem UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte, noch anderen internationalen Organisationen und NGOs Zugang zu den betroffenen Gebieten gewährt worden, in denen es wohl zu massiven Menschen- und Völkerrechtsverletzungen gekommen ist. (...)*

***Das Beispiel Nusaybin (Provinz Mardin). In seinem Global Update zeigte sich UNO-Hochkommissar für Menschenrechte Zeid Ra'ad Al Hussein an der 32. Sitzung des Menschenrechtsrates im Juni 2016 besorgt über Satellitenbilder, die aufzeigten, dass der östliche Teil der Stadt Nusaybin, Provinz Mardin, weitreichend zerstört ist. Hunderte von Häusern seien aufgrund des Einsatzes von schweren Waffen beschädigt oder zerstört worden. So wird beispielsweise im März 2016 von intensiven Kampfhandlungen in der Stadt Nusaybin berichtet. Die Stadt sei Tag und Nacht von türkischem Militär beschossen worden. Kurdische Medienschaffende aus der nahegelegenen syrischen Stadt Qamischli gaben an, dass das türkische Militär in Nusaybin massiv gegen die Zivilbevölkerung vorging.»** Quelle: SFH, Türkei, Situation im Südosten – Stand August 2016, S. 7-14.*

Bianet, Dezember 2015:

*«**Nusaybin district of Mardin province has been in 29 days of curfew since June 7, the district with the maximum number of bans declared. With 14 days, Nusaybin is also the district where the longest curfew has been imposed.** 1 - 6 October: Governorship of Mardin has declared curfew in Girmeli, Eskihisar, Tepeüstü and Kayadibi neighbourhoods of Nusaybin district which has lasted six days. 13 - 26 November: Curfew has been declared for 14 days in Nusaybin district of Mardin. Gülser Yıldırım, Mardin MP of Peoples' Democratic Party (HDP) has explained the situation in the district as 'There is a blockade here, an attempt of massacre, but no power and no water. People can not get out of their doors not to speak of going to the grocery store. The shops are also closed anyway. A one-day pause was made to allow the neighbourhood residents cover their needs. Nine persons have lost their lives during the curfew'. (...) 29 November - 3 December: The curfew in Nusaybin District of Mardin Province has continued for five days.(...) The curfew declared in Nusaybin on December 6 was lifted on December 9 in the evening. » Quelle: Bianet, Curfew in*



Nusaybin Again, 14. Dezember 2015: [www.bianet.org/english/human-rights/170161-curfew-in-nusaybin-again](http://www.bianet.org/english/human-rights/170161-curfew-in-nusaybin-again).